

Statement zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022 der Europäischen Kommission

18.07.2022, Berlin

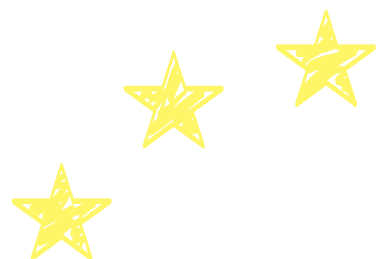
[Dr. Maria Skóra](#) - Wissenschaftliche Mitarbeiterin/Leiterin [RESILIO](#)

Expertise: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Polen, Ungarn

- Der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022 zeigt deutliche Verbesserungen auf. In einigen Mitgliedstaaten gibt es aber auch Grund zur Sorge in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz, Freiheit der Medien und den sogenannten „shrinking spaces“ für die Zivilgesellschaft.
- Der neue Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts eröffnet die Möglichkeit, Rechtsstaatsregression wirksam einzudämmen.
- Die grundlegenden Europäischen Werte dürfen nicht für pragmatische politische Ziele aufs Spiel gesetzt werden.

Aus dem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022 lässt sich folgendes schlussfolgern: Die EU sollte das bestehende Instrumentarium zur Rechtsstaatlichkeit technisch weiter verfeinern. Ebenso wichtig ist es, ein günstiges politisches Umfeld zu schaffen, das den Schutz eines rechtsstaatlichen Rahmens in jedem Mitgliedstaat erleichtert. Der Einsatz von Druckmitteln bei Verletzungen des rechtsstaatlichen Rahmens ist dabei unumgänglich. Der neue Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts kann dabei ein nützliches Instrument sein.

Es ist ausgesprochen wichtig, dass die EU heute entschieden gegen Rechtsstaatlichkeitsverletzungen vorgeht. Die Zukunft der EU in Bezug auf inneren Zusammenhalt sowie äußerer Glaubwürdigkeit hängt davon ab.



Hintergrundinformationen:

Am 13. Juli 2022 hat die Europäische Kommission zum dritten Mal den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht. Jeder Bericht enthält eine synthetische Analyse der allgemeinen Situation der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, gefolgt von 27 länderspezifischen Kapiteln mit detaillierten Empfehlungen. Er deckt vier Dimensionen ab: das Justizsystem, den Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, den Medienpluralismus und weitere institutionelle Fragen der Gewaltenteilung. Der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ist Teil eines umfassenderen Mechanismus zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU.

Der Fokus des Kommissionsberichts über die Rechtsstaatlichkeit 2022 liegt vor allem auf der Freiheit der Medien und der Unabhängigkeit der Justiz. Darüber hinaus wurden der Einsatz der Spionagesoftware Pegasus in Europa und die Notfallmaßnahmen während der COVID-19-Pandemie behandelt.

Zu den positiven Entwicklungen zählten die Digitalisierung zur Verbesserung der Effizienz und Stärkung der Autonomie der Justizorgane, die Tatsache, dass die EU zu den am wenigsten korrupten Regionen der Welt gehört, sowie die Verbesserung der Qualität von Gesetzgebungsverfahren.

Leider wurde auch ein Einbruch in einigen Dimensionen der Rechtsstaatlichkeit beobachtet. In mehr als der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten hat die Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz in der Öffentlichkeit abgenommen. Systembedingte Bedenken hinsichtlich der Autonomie der Justiz und der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften sind insbesondere in Polen und Ungarn nach wie vor ein Problem. Die übermäßig lange Dauer von Strafverfahren in Korruptionsfällen (Malta, Tschechien, Spanien) und die mangelnde Erfolgsbilanz bei der Verfolgung von Korruptionsfällen auf höchster Ebene (Bulgarien, Griechenland, Ungarn) sind ebenfalls ein Problem. In Bezug auf die Medienfreiheit bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme und Druck (Ungarn, Slowenien, Polen). Schließlich könnten in Polen und Ungarn „shrinking spaces“ für NGOs aufgrund unzureichenden Zugangs zu Finanzmitteln, gesetzlicher Beschränkungen oder sogar Verleumdungskampagnen eine potenziell abschreckende Wirkung haben.

Im Januar 2022 initiierte das Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin das Projekt [RESILIO](#). Ziel ist es, ein Observatory für die Rechtsstaatlichkeit in Europa einzurichten. Dafür werden institutionelle und strukturelle Faktoren identifiziert, die zur Resilienz der Rechtsstaatlichkeit beitragen. Darauf aufbauend sollen Ideen entwickelt werden, wie ein weiterer demokratischer Rückschritt in der EU verhindert werden kann. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator finanziert.

Kontakt:

Dr. Maria Skóra
E maria.skora@iep-berlin.de
T +49 (0)30 88 91 34 0

Julia Winter (Pressereferentin)
E julia.winter@iep-berlin.de
T +49 (0)30 88 91 34 85



Über das IEP:

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist eine gemeinnützige, überparteiliche Organisation, die sich mit der europäischen Integration beschäftigt. Das Berliner Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Mitarbeitenden arbeiten national und transnational an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Ihre Aufgabe ist es, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen, um dann die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern.

Das IEP bietet ein bürger:innennahes, europäisches und interdisziplinäres Forum sowie eine Plattform für europapolitische Debatten von Expert:innen.

